

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Auf einen Blick

Eschner Frauen danken

Mit 275 Ja zu 267 Nein-Stimmen haben die männlichen Stimmbürger von Eschen am letzten Wochenende den Frauen das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene eingeräumt (siehe VOLKSBLATT vom Montag). Wenn das Abstimmungsergebnis auch knapp ausfiel, war die Freude bei den Frauen doch ungegrübt. Als Geste des Dankes an die Befürworter und wohl auch ein bisschen als Zeichen der Versöhnung gegenüber den Nein-Stimmern verteilten Eschner Frauen am Sonntag nach Bekanntwerden des Resultates Zündholzschachteln mit der Aufschrift «Danke» und dem Datum der Abstimmung «15. Jan. 1984» (siehe unten).

*Danke
15. Jan.
1984*

Liechtensteiner vorne dabei: Andi auf Platz 3, Paul 6.

Starke Liechtensteiner gestern beim Weltcup-Slalom in Parpan: Andi Wenzel klassierte sich auf Platz 3, Paul Frommelt plazierte sich auf Rang 6. Unsere beiden Spitzenfahrer profitierten von der Disqualifikation der Mahre-Zwillin-



ge (Startnummern vertauscht!). Sieger wurde dadurch Marc Girardelli (Lux) vor dem Italiener Paolo De Chiesa.

In der Weltcup-Gesamtwertung liegt Andi Wenzel mit nunmehr genau 100 Zählern hinter Pirmin Zurbriggen an 2. Stelle. Heute findet in Parpan ein weiterer Slalom statt. Zusammen mit der Abfahrt von Wengen wird auch eine Kombination gewertet. (10 und 13 Uhr live am Fernsehen.)

Aktiver Jugend-Stefanuskreis

Mit einem modernen Bildungsprogramm, das Wert auf die Persönlichkeitsbildung, die religiöse Weiterbildung, aber auch Ausbildung in Rede und Diskussion legt, will der Jugend-Stefanuskreis Liechtenstein die Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren für die Stefanusidee gewinnen. Er will den Jugendlichen von heute helfen, kontaktfreudige und frohe Menschen zu werden.

Reagan zu Rüstungsfragen

Einen Tag vor dem Beginn der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung hat gestern US-Präsident Reagan in einer Rede zu Rüstungsfragen Stellung genommen. Schon bevor die Rede gehalten wurde, ist sie von sowjetischer Seite scharf kritisiert worden. (Auslandteil)

Regierung an ihren eigenen Worten messen

Magere Bilanz der Regierungsarbeit im abgelaufenen Jahr – wenig konkrete Problemlösungen

Seit es üblich geworden ist, dass die Regierungsmitglieder jeweils im ersten Pressegespräch eines Jahres Ausschau auf die vor ihnen liegenden, zwölf Monate halten und in einer Art programmatischen Erklärung auflisten, welche Probleme angegangen und einer Lösung zugeführt werden sollen, kann der Bürger die Leistungen der Gesamtregierung am Ende des Jahres an den eigenen Worten ihrer Mitglieder messen.

Mit ihren programmatischen Ausblicken geben die Regierungsmitglieder dem Bürger einerseits eine erfreuliche Informationsvorgabe. Andererseits aber gehen sie zwangsläufig das Risiko ein, dass ihre Aussagen kritisch unter die Lupe genommen werden.

«Politisch wichtiges Jahr»

Es liegt in der Natur der Sache und gehört zum politischen Geschäft, dass die Vorschau auf die Regierungsarbeit insbesondere im Presseorgan der Mehrheitspartei entsprechend gross aufgemacht wird. So sprach beispielsweise das «Liechtensteiner Vaterland» in seiner Ausgabe vom 4. Februar letzten Jahres von einem politisch wichtigen Jahr das uns bevorstehe. Die Finanzpolitik wurde in einem Haupttitel «als Schwerpunkt» herausgestellt. Es folgen dann eine Reihe von Problemen, die z. B. der Regierungschef in seinen Ressorts im Ablauf des vergangenen Jahres an die Hand nehmen und erledigen wollte. Stellen wir einige der im «Vaterland» in den Ausgaben vom 4. und 5. Februar 1983 im Bericht aus dem Pressegespräch mit der Regierung angekündigten Aktivitäten der Realität gegenüber.

Was wurde angekündigt und was ist tatsächlich geleistet worden?

Der Regierungschef kündigte beispielsweise im Bereich der Finanzpolitik folgendes an:
– politische Entscheidungen der Regierung in bezug auf das neue Steuergesetz;
– Eine Überprüfung des Subventionsreglementes, und (damit im Zusammenhang)
– eine Überarbeitung des heute gelten-

den Finanzausgleiches zwischen Staat und Gemeinden und weiter
– eine Revision des Finanzhaushaltsgesetzes.

Was das Steuergesetz angeht, so liegt zwar ein Vernehmlassungsentwurf vor, der aber noch keineswegs das Ergebnis einer politischen Entscheidung, sondern ein Diskussionspapier aus dem zuständigen Regierungsressort ist. Eine politische Entscheidung wurde in diesem Bereich von der Regierung im Jahre 1983 nicht gefällt.

Weder das Subventionsreglement noch der Finanzausgleich wurden im Jahre 1983 abgeändert oder gar verbessert.

Am Finanzhaushaltsgesetz wurde entgegen der diesbezüglichen Ankündigung nichts geändert.

Baugesetz und Dienstrecht

«Auch im Bauresort tut sich dieses Jahr einiges» heisst es im eingangs erwähnten Pressebericht. Angekündigt werden

– eine Novelle zum Baugesetz («Einige wesentliche Änderungen und Präzisierungen»)
– ein Strassengesetz, «das vor allem auch wegen der Amtshaftung mit dem Winterdienst eine Klärung bringen soll»
– Angekündigt wurde ausserdem ein neues Dienstrecht für die Beamten.

Die Novelle zum Baugesetz wurde, wie wir inzwischen wissen, für die Regierung zu einem Fiasko. Die Gesetzesvorlage wies so viele Schwächen auf, dass sie vom Landtag stundenlang auseinandergenommen wurde und jetzt in einer Landtagskommission ihren Winterschlaf angetreten hat.

Ein Strassengesetz lag Ende 1983 ebensowenig vor, wie ein neues Dienstrecht für die Beamten.

Frauenstimmrechts-Vorlagen

Als weiteren Schwerpunkt bezeichnete der Regierungschef zu Beginn des letzten Jahres die Vorbereitung eines Berichtes in Sachen Frauenstimmrecht und Bemühungen, die Frauenstimmrechtsfrage auch auf Gemeindeebene wieder zu aktivieren.

Was die Berichte zum Frauenstimm-

recht auf Landesebene angeht, so hat die Regierung noch rechtzeitig zur letzten Landtagssitzung des vergangenen Jahres die entsprechenden Gesetzesentwürfe vorgelegt. Allerdings stand die Regierung hier unter dem Druck des Parlamentes, welches bereits im Juni des Jahres 1983 entsprechende Postulate überwies. Und

was das Frauenstimmrecht in den Gemeinden angeht, so konnte die Regierung von sich aus gar nichts tun. Das einzige, was sie wirklich getan hat (und was im Landtag dann wieder abgeändert wurde), war der Vorschlag im Verfassungsgesetz, wonach die Einführung des Frauenstimmrechtes auf Landesebene automatisch auch die Einführung des Frauenstimmrechtes auf Gemeindeebene bedeutet hätte.

(Ein weiterer Beitrag zu diesem Thema folgt im VOLKSBLATT vom Mittwoch.)

Olympia 84: Kann Hanni Wenzel doch noch starten?

Das IOC wäre bei einer Empfehlung der FIS für eine Teilnahme / VOLKSBLATT-Gespräch mit Prinzessin Nora

Das Tauziehen um eine Olympia-Teilnahme von Hanni Wenzel, der momentan besten Skifahrerin der Welt, geht weiter. Noch ist nichts entschieden. Wie Liechtensteins NOK-Präsidentin, I. D. Prinzessin Nora in einem VOLKSBLATT-Interview vor wenigen Tagen bestätigte, habe sich der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Herr Samaranch anlässlich eines persönlichen Treffens in Lausanne ihr gegenüber grundsätzlich für eine Teilnahme Hanni Wenzels an den Olympischen Winterspielen in Sarajevo ausgesprochen.



● Unsere Aufnahme: I. D. Prinzessin Nora, die sich als NOK-Präsidentin Liechtensteins sehr stark für eine Teilnahme Hanni Wenzels an der Olympiade 84 in Sarajevo einsetzt. (Bild: Eddy Risch)

Demgegenüber steht der «ominöse» Beschluss des Internationalen Skiverbandes (FIS) vom November 1983, Hanni Wenzel nicht für eine Teilnahme zu empfehlen. Dies entgegen den vor zwei Jahren gemachten Hoffnungen der FIS gegenüber dem Skiverband und der Athletin selbst, sie unter gewissen Voraussetzungen beim IOC – trotz vorübergehender B-Lizenz – für einen Start freizustellen. Im Anschluss an die Gespräche in Lausanne intervenierte I. D. Prinzessin Nora bei FIS-Präsident Marc Hodler, der versprach das Thema «Hanni Wenzel» noch einmal im Weltskiverband zu überprüfen. Am kommenden Wochenende wird LSV-Präsident Rudolf Schädler in Kitzbühel mit Marc Hodler über den Stand der Dinge

diskutieren. Dann wird man sicher mehr über eine mögliche Teilnahme von Hanni Wenzel an der Olympiade wissen.

Liechtenstein und die KVAE

Heute beginnt in Stockholm die Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE)

Heute Dienstag beginnt in Stockholm die Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE), die für Liechtenstein nicht zuletzt deshalb erneut zu einem wichtigen, ausserpolitischen Ereignis wird, weil unser Land (wie 1975 bei der KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki) in der Person des Regierungschefs einen der Konferenzvorsitzenden stellen wird.

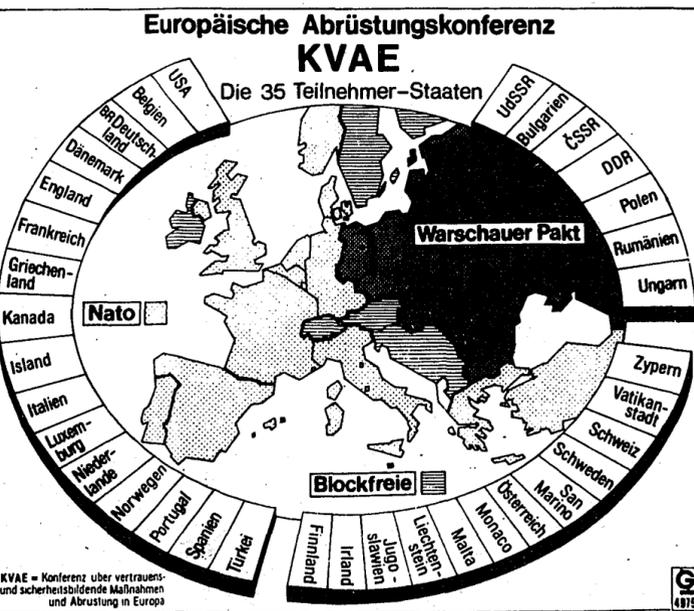
An der KVAE nehmen die gleichen 35 Staaten teil, die bereits bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vertreten waren (siehe Grafik). Die liechtensteinische Delegation setzt sich aus Regierungschef Hans Brunhart, Botschaftsrat Graf Mario Ledebur und Frau Claudia Fritsche vom Amt für Internationale Beziehungen zusammen.

Regierungschef Brunhart wird den Vorsitz der Konferenz am Donnerstag vormittag übernehmen. Ebenfalls am Donnerstag wird er die liechtensteinische Erklärung zur KVAE abgeben. Die Vorsitzenden der Konferenz werden teils nach dem Los und teils nach dem (französischen) Alphabet bestimmt. Die alphabetische Reihenfolge gilt nach der Wahl des ersten Konferenzvorsitzenden durch Losentscheid.

Die KVAE-Konferenz in Stockholm wurde von der britischen Zeitung «Guardian» gestern Montag wie folgt gewürdigt:

renz, die heute Dienstag in Stockholm eröffnet wird, stammt aus dem verzweifelten Versuch der Alliierten der Super-

mächte und der Neutralen, etwas aus den Monaten der Bitterkeit von Madrid im letzten Jahr zu retten. Dieser Versuch



Liechtenstein gehört zu den Blockfreien unter den 35 Staaten, die an der heute beginnenden KVAE-Konferenz in Stockholm teilnehmen. Die Teilnehmerstaaten sind identisch mit jenen der KSZE-Konferenz. Unsere Grafik veranschaulicht, in welche drei Blöcke das heutige Europa (zusammen mit den USA und Kanada) auseinanderfällt.

erschien zu scheitern, aber er war erfolgreich. Im besten Fall ist er ein Zeichen, dass die Ost-West-Beziehungen den Boden erreicht haben und dabei sind, sich nach oben zu wenden... Die Gegenseitigkeit der Interessen wiegt noch immer schwerer als der wetteifernde internationale Ehrgeiz der beiden Seiten.»

Die erste Phase der KVAE-Verhandlungen soll zur Vereinbarung «vertrauensbildender Massnahmen» genutzt werden, die sich über ganz Europa vom Ostatlantik bis zum Ural erstrecken und die Spannung zwischen den beiden Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt mindern helfen. Der Militärapparat der jeweils anderen Seite soll durchsichtiger gemacht und die Angst vor einem Überraschungsangriff abgebaut werden. Zu den «vertrauensbildenden Massnahmen» gehören die gegenseitige Einladung von Manöverbeobachtern und die Ankündigung von Truppen- und Flottenbewegungen.

In der zweiten Phase sollen die Möglichkeiten für einen Truppenabbau in Europa ins Auge gefasst werden. Auch der Abschluss eines Gewaltverzichtsabkommens wird für möglich gehalten. Eine Diskussion über die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa ist von westlicher Seite nicht geplant. Die Dauer der KVAE wird von den schwedischen Gastgebern auf mindestens drei Jahre veranschlagt.

